

03/2020

grüne welle

DIE GRÜNEN IM NORDEN



Zusammenhalt in Vielfalt - und Platz für Dich



LANDESVERBAND SH

Seite 2 - 5, 16

LANDTAGSFRAKTION

Seite 6 - 11

BUNDESTAGSFRAKTION

Seite 12 - 15

Editorial

Moin liebe Schleswig-Holsteiner GRÜNE,

wir blicken zurück auf ein Jahr, das verlief wie John Lennon es mal formulierte: „Life is what happens to you while you are busy making other plans.“

Besonders die Corona-Pandemie hat uns alle privat und politisch stark gefordert. Die Maßnahmen zur Eindämmung des Virus haben unsere Arbeitsweise verändert, aber unseren Elan nicht gebremst. In dieser Grünen Welle findet ihr einen Rückblick auf unseren sehr konstruktiven digitalen Landesparteitag mit einem bunten Strauß an Themen und einen Schwerpunkt zum Thema Vielfalt in unserer Partei.

Die Bundestagswahl im nächsten Jahr wird für uns GRÜNE eine Besondere werden. Die Hoffnungen und Erwartungen vieler Menschen in uns als Partei waren wohl nie größer als dieses Mal und so müssen wir uns auf einen rasanten und fordernden Wahlkampf ein-

stimmen. An dessen Ende wollen wir frischen Wind in den Bund bringen und das mit vielen GRÜNEN Politiker*innen aus Schleswig-Holstein in Berlin.

Zusammen sind wir durch 2020 gekommen und nicht nur von der Mitgliederzahl, sondern auch inhaltlich und organisatorisch sehr gewachsen. Wir danken euch allen sehr herzlich für euer politisches Engagement in den Kommunen, im Land, im Bund und in der Partei, für eure Arbeit, welche die Partei am Laufen hielt und die breite Geschlossenheit, die uns zusammen gut durch dieses Jahr getragen hat. Gemeinsam werden wir auch 2021 mit der Bundestagswahl und die darauf folgende Landtagswahl stemmen.

Mit euch zusammen freuen wir uns drauf!

**Eure Ann-Kathrin Tranziska, Landesvorsitzende,
und Steffen Regis, Landesvorsitzender**



facebook.com/gruenesh



instagram.com/gruenesh



twitter.com/gruene_sh



Foto: Nicole Walter



Fotos: Uta Boßmann, Jakob Brunken, Nils Bollenbach, Jesse und Marlene Langholz-Kaiser, Ann-Kathrin Tranziska

Digital, lebendig, kontrovers

Unser Landesparteitag hat sich in diesem Jahr mit vielen Themen befasst - vom umstrittenen Terminal für Liquid Natural Gas (LNG) in Brunsbüttel über das Frauen-Mentoring bis zum Klimaschutz. In unserem Überblick fassen wir zusammen, was besonders aktuell, kontrovers oder noch nicht so bekannt ist.

Aktuell ist in diesem Jahr ja alles, was mit Corona zu tun hat. So haben wir einen sehr guten und ausführlichen Beschluss dazu gefasst, wie wir Verschwörungserzählungen entgegenwirken können. Einige der Forderungen hat die Landtagsfraktion bereits aufgegriffen. Eher auf die Bundesebene zielt unser Beschluss zur Weiterentwicklung der Corona-App zu einem echten Informationsportal. In beiden Fällen können wir einen guten Beitrag dazu leisten, in der aktuell schwierigen Situation Lösungen anzubieten.

2021 werden wir der Wahlkampfpartner von Sachsen-Anhalt sein. Susan Sziborra-Seidlitz, Landesvorsitzende, hat in ihrer Grußbotschaft mit viel Energie Lust auf den Wahlkampf gemacht. Unsere beiden Bundesländer unterscheiden sich besonders in der Mitgliederstärke und in den ganz anderen Anforderungen im Kampf gegen Nazis und Faschist*innen. Wir wollen den Landtagswahlkampf aktiv unterstützen und auch gemeinsam für ein gutes grünes Ergebnis im Bund eintreten.

Kontrovers diskutiert wurden besonders die Anträge zum LNG-Terminal in Brunsbüttel und die Wiederbelebung des Themas bedingungsloses Grundeinkommen (BGE) in unserer Partei. Bei beiden Themen ist

das ganz sicher noch nicht die letzte innerparteiliche Debatte gewesen. Gerade im Hinblick auf das nächste Landtagswahlprogramm werden wir hierzu unsere Positionen sehr schärfen. Zum BGE gibt es nun auch im bundesweiten Grundsatzprogramm ein Bekenntnis.

Für die Kommunal@s sind viele Themen dabei, die relativ schnell kommunal ein- und vorangebracht werden können: vor allem unser Beschluss gegen die Heroisierung von Mahnmalen, unsere Initiative für blühende Grünstreifen und die Absage an Schottergärten. Auch unser Beschluss für Co-Working im ländlichen Raum ist bestimmt für viele Kreise interessant.

Zu guter Letzt möchten wir noch auf die Landesarbeitsgemeinschaften (LAGen) und dabei ganz besonders auf die drei Neugründungen hinweisen. Wir freuen uns demnächst über viel inhaltlichen Input aus den Bereichen Inklusion, Sportpolitik und vom GewerkschaftsGrün. Wenn du dich für eine dieser Landesarbeitsgemeinschaften oder eine der schon bestehenden interessierst, lass dich gern unverbindlich auf die Mailingliste setzen. Dann erfährst du, wann Sitzungen sind, was dort gerade in Arbeit ist und du kannst deine Themen in die Parteiarbeit mit einbringen. Eine Liste der Landesarbeitsgemeinschaften findest du auch hinten auf dieser Grünen Welle.

Alle Beschlüsse findest du auf unserer Webseite sh-gruene.de unter Positionen > Beschlüsse.

Text: Ann-Kathrin Tranziska

Das neue Vielfaltsstatut: ein historischer Moment

Es wehte ein Hauch von 1986 durch den virtuellen Raum, als wir uns auf der digitalen Bundesdelegiertenkonferenz am 21.11.2020 ein Vielfaltsstatut gegeben haben. 1986 war es das Frauenstatut, das unsere Partei für immer geprägt hat und welches der strukturellen Ungleichbehandlung von Frauen entgegenwirkt. Das Vielfaltsstatut ist ein ebenso historischer Moment.

Seit unserer Gründung setzen wir uns für die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen ein. Vieles haben wir seitdem schon erreicht, sei es bei der Gleichberechtigung der Geschlechter, bei der Ehe für alle oder bei der Inklusion. Doch auch 40 Jahre nach unserer Gründung sind nach wie vor große gesellschaftliche Gruppen unterrepräsentiert. Doch wir wollen, dass unsere Partei ihre Geschichte mit allen und für alle Menschen schreibt.

Es ist unser Anspruch, unsere eigene Strukturen zu hinterfragen und so zu gestalten, dass Diskriminierung abgebaut und die Diversität in der Partei erhöht wird. Mit dem Statut lösen wir ein, was wir für die ganze Gesellschaft fordern. Wir wollen die vielfältigen Perspektiven der ganzen Gesellschaft in unserer Partei abbilden. Dafür gehen wir mit dem neuen Vielfaltsstatut einen großen Schritt in unserer Parteientwicklung, indem wir Diversität nicht nur nach außen fordern sondern vor allem nach innen umsetzen.

Wie wir dieses Statut nun in der Praxis umsetzen können und wollen, möchten wir mit Euch auf einer ersten Veranstaltung im Januar besprechen. Mehr Infos dazu findet ihr auf unserer Webseite sh-gruene.de/vielfalt.

Text: Gazi Freitag



Illustration: clemens

Die halbe Macht den Frauen

Selbstbestimmung, Gleichberechtigung und die Hälfte der Macht den Frauen: Wir sind noch längst nicht am Ziel. Als feministische Partei kämpfen wir weiter dafür, Chancen, Macht, Geld und Zeit endlich gerecht zwischen den Geschlechtern zu verteilen. Doch gerade im politischen Betrieb ist es für Frauen oft schwierig, sich Gehör zu verschaffen, als kompetent wahrgenommen zu werden und gleiche Beteiligungsmöglichkeiten aufgezeigt zu bekommen. Es sind gesellschaftliche Normalitäten, auf Grund derer Frauen oft Unsicherheiten oder das Gefühl der Unzulänglichkeit erleben. Sie werden auf „typisch weibliche“ Kompetenzen und Aufgabenbereiche reduziert. Dazu kommen noch die Mehrfachdiskriminierungen aufgrund des Alters, der sozialen Herkunft, des Migrationshintergrundes oder der Behinderung, um nur einige zu nennen. Um die Vielfalt der Frauen, die unsere Positionen unterstützen, in politische Prozesse zu bringen, braucht es Empowerment. Im kommenden Jahr startet zum ersten Mal unser schleswig-holsteinisches Mentoring-Programm für alle Frauen. Wir wollen die Steine, die Frauen gesellschaftlich in den Weg gelegt werden, aus dem Weg räumen. Gemeinsam entwickeln wir Werkzeuge und stärken Kompetenzen: Denn es ist Zeit für mehr starke Frauen in der Politik!

Text: Laura-Catharina Mews



Inklusion erreichen wir nur gemeinsam

Bei Inklusion denken viele zuerst an Rollstuhlfahrer*innen. Inklusion betrifft aber nicht nur Menschen mit Behinderung und die alternde Gesellschaft. Inklusion ist viel mehr und bedeutet Einschluss im Sinne von Gemeinsamkeit und Vielfalt. Damit ist auch die soziale Inklusion für uns als Partei ein großes Thema.

Wie können wir Mitglieder und Wähler*innen erreichen, die im sozialen Umfeld benachteiligt sind? Die AG Inklusion des KV Dithmarschen arbeitet genau an diesen Themen. Ein praktisches Beispiel: Um soziale Teilhabe zu ermöglichen, werden auf unseren Sitzungen und Tagungen Getränke kostenfrei zur Verfügung gestellt.

Für uns ist klar, Inklusion, soziale Gerechtigkeit und Umweltschutz gehören zusammen und sie können auch nur gemeinsam erreicht werden. Auch die 17 Ziele der UN-Konvention für nachhaltige Entwick-

lung, wie etwa die Ziele *Weniger Ungleichheiten*, *Chancengerechte und Hochwertige Bildung* und *Gesundheit und Wohlergehen*, können nur inklusiv umgesetzt werden.

Um die Partei bundesweit inklusiv aufzustellen, müssen wir als GRÜNE dazu miteinander ins Gespräch kommen. Ein selbstkritisches Hinterfragen und das Bewusstwerden der eigenen Schwächen, auch innerhalb unserer Strukturen, ist hierzu wichtig.

Zum Beispiel: Ist eine Teilnahme für Menschen mit Hörbeeinträchtigung an Parteitagen und Veranstaltungen immer möglich - auch ohne vorher expliziert den Bedarf anmelden zu müssen? Menschen mit Behinderung sind Wähler*innen. Wir dürfen nicht warten, bis sie auf uns zukommen, sondern wir müssen uns aktiv einbringen und auf sie zugehen. Lasst uns gemeinsam beginnen!

Text: Michael Hegger

fördewind

Die Grüne Landtagsfraktion



Eka von Kalben
Fraktionsvorsitzende

Liebe Freund*innen,

hinterher ist man oftmals klüger. So schwer uns die Entscheidung im Frühjahr auch gefallen ist – wir dachten, der Lockdown im Bildungsbereich sei richtig. Im Nachhinein ist dies fraglich. Die Schließungen haben Eltern und Kinder stark belastet und die Bildungsgerechtigkeit ist an vielen Stellen auf der Strecke geblieben. Daraus haben wir gelernt und vereinbart, Kitas und Schulen in der zweiten Welle so lange wie möglich offen zu halten. Hierzu findet ihr einen Beitrag von Ines Strehlau auf Seite 7.

Eine Branche, die ganz besonders unter den Corona-Maßnahmen leidet, ist die Kultur- und Kreativbranche. Das ist nicht nur eine Katastrophe für alle Menschen, die in diesem Bereich arbeiten, sondern auch ein enormer Verlust für unsere Gesellschaft. Kultur ist relevant für unser Leben. Sie ist systemrelevant. Marlies Fritzens Plädoyer für die Lebensrelevanz von Kunst und Kultur findet ihr auf Seite 8

Auch der Sport in Vereinen und Verbänden kommt in diesem Jahr zu kurz. Für die Sportstätten gibt es trotzdem gute Nachrichten: nach fast drei Jahren Arbeit wurde im September-Plenum der neue Sportentwicklungsplan der Landesregierung vorgestellt. Außerdem haben wir in Jamaika verschiedene Förderpro-

gramme für Sportinfrastruktur beschlossen. Wie wichtig dies ist, erfahrt ihr von Joschka Knuth auf Seite 9.

In dieser für uns alle herausfordernden Zeit dürfen wir eines nicht vergessen: den Klimawandel. Die größte Herausforderung unserer Zeit wartet nicht. Deshalb haben wir Grüne nicht lockergelassen und hinter verschlossenen Türen hartnäckig mit unseren Koalitionspartner*innen diskutiert, verhandelt und gestritten. Ein Kraftakt, der sich gelohnt hat, wie ihr in Bernd Voß' Bericht auf Seite 10 lesen könnt.

Neben unserer Gesundheit ist nicht nur das Klima in Gefahr, sondern zunehmend auch unsere Demokratie. Ja, es macht wütend, wenn z.B. eine Maskenverweigerin sich mit Sophie Scholl vergleicht und damit den Holocaust relativiert. Und trotzdem – oder gerade deshalb – müssen wir alles dafür tun, um die Menschen mitzunehmen. Wir müssen zuhören, Politik erklären und Optimismus verbreiten. Egal ob Corona oder Klima – die großen Herausforderungen können wir nur meistern, wenn wir mit möglichst vielen Menschen an einem Strang ziehen. Auch das ist unsere Aufgabe als Grüne in dieser schwierigen Zeit.

Kommt gut durch die kerzenreiche Jahreszeit!

Herzlichst
Eure

Eka von Kalben

Impressum

grüne welle: Bündnis 90/Die Grünen, Landesverband Schleswig-Holstein, Alter Markt 9 (Zugang Haßstr. 3-5), 24103 Kiel, Telefon 0431 59338-0, E-Mail: info@sh-gruene.de, www.sh-gruene-partei.de | Redaktion und Gestaltung: Nicole Walter | Foto Aminata Touré (Shaheen Wacker).

fördewind: Grüne Landtagsfraktion Schleswig-Holstein, Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel, Telefon 0431 988-1500, E-Mail: fraktion@gruene.lsh.de, www.sh-gruene-fraktion.de, facebook.com/gruenesh | Redaktion: Ole Liepolt (Vi.S.d.P.) | Gestaltung: Bettina Aust.

berlin-report: Luise Amtsberg, Dr. Konstantin von Notz, Ingrid Nestle, Platz der Republik 1, 10111 Berlin | Redaktion und Gestaltung: Katharina Bartsch.

November 2020

SCHULE IN CORONA



Ines Strehlau
Schulpolitische
Sprecherin

Stell Dir vor, es ist Schule und niemand geht hin. Das haben wir leider im Frühjahr während des ersten Lockdowns erlebt und ich hoffe, dass die Landesregierung diese – für alle schwierige Entscheidung – nicht wiederholen muss. Vor allem für junge Schüler*innen sind soziale Kontakte und ein Bezug zu den Lehrkräften extrem wichtig.

Nach den zeitweise kompletten Schulschließungen haben dieses Schuljahr deutlich mehr Schüler*innen als sonst den Anschluss an den Unterricht verloren. Die Bildungsgerechtigkeit, um die es in Deutschland im internationalen Vergleich ohnehin nicht gut steht, hat stark gelitten.

Neben den Schüler*innen haben auch die Familien schwierige Zeiten durchlebt: Viele Eltern haben neben der Arbeit im Homeoffice auch noch ihre Kinder beim Lernen zuhause unterstützen müssen. Oft ging das zulasten der Mütter. Manche Eltern konnten die pädagogischen Aufgaben nicht erfüllen.

Oft werden bundesweit einheitlichen Regelungen gefordert. Es muss klar sein, bei welchen Inzidenzen welche Maßnahmen anstehen. Das unterstützen wir – mit der Ergänzung, dass das regionale Infektionsgeschehen einbezogen werden muss. Bei besonders hohen Infektionszahlen ist es richtig, zumindest für die älteren Schüler*innen wieder mehr Distanzunterricht zuzulassen. Sie benötigen längst nicht mehr so umfangreiche Betreuung und sind geübt im selbstständigen Lernen. Die letzten Entscheidungen von Bund und Ländern zeigen, dass wir in Schleswig-Holstein schon gute Maßnahmen ergriffen hatten.

Für viel Unmut bei Eltern und Lehrkräften sorgt derzeit das uneinheitliche Vorgehen der Gesundheitsämter bei Corona-Infektionen und bei Verdachtsfällen. Es hängt zum Teil vom Wohnort der Schüler*innen ab, wer getestet wird und wer in Quarantäne gehen muss. Wir haben das

auch öffentlich kritisiert. Inzwischen gibt es einen Erlass, der klarstellt, dass das Gesundheitsamt des Kreises, in dem die Schule steht, für die Quarantäne- und Testmaßnahmen zuständig ist – unabhängig vom Wohnort der Schüler*innen und Lehrkräfte.

Wichtig ist auch, für eine technische Grundausstattung zu sorgen. Alle Schüler*innen sollten über moderne Laptops verfügen – da haben viele Schulträger dank des Sofortausstattungsprogramms von Land und Bund bereits viele Geräte angeschafft. Aber gedeckt ist der Bedarf noch lange nicht, wie mir immer wieder berichtet wird.

Wichtig zu wissen: Nach dem Infektionsschutzgesetz haben Eltern einen Anspruch auf eine Entschädigung, wenn sie ihr Kind aufgrund behördlicher Schulschließungen oder behördlich angeordneter Quarantäne betreuen müssen.

Genaue Informationen und den Antrag gibt es auf der Homepage des Gesundheitsministeriums: [ifsg-online.de](https://www.ifsg-online.de).

Wir benötigen aber nicht nur gute Geräte, sondern auch gute Lernmanagementsysteme und Fortbildungen. Viele Schulen haben hier seit März große Fortschritte gemacht. Ich kenne viele Lehrkräfte, die mit viel Eigeninitiative zweigleisig fahren und sowohl Präsenzunterricht als auch den Unterricht auf Distanz vorbereiten. Sie müssen zudem noch

die Schüler*innen auffangen können, denen das eigenverantwortliche Lernen nicht gut gelingt.

Deshalb sollte es bei möglichen weiteren Einschränkungen, um die Pandemie zu bekämpfen, beispielsweise Lernräume für diejenigen geben, die zu Hause aufgrund von Trubel oder fehlendem Internetanschluss nicht lernen können. Auch Schüler*innen mit Behinderung dürfen jetzt nicht hinten runterfallen. Eine professionelle Schulbegleitung muss in jeder Situation gewährleistet bleiben.

Auch wenn kein*e Politiker*in wieder Schulen schließen will, ist es am Ende immer ein Abwägungsprozess zwischen Infektionsschutz und Recht auf Bildung.

KUNST IST „LEBENSRELEVANT“

First in, last out – das ist das Schicksal der Kultur- und Kreativbranche seit Beginn der Corona-Pandemie. Sie wurde als erste geschlossen und man braucht keine hellseherischen Qualitäten, um vorherzusagen, dass sie voraussichtlich überwiegend als Letzte wieder an den Start gehen wird.

First in, last out mag für die warenhaltende Lagerwirtschaft Sinn ergeben, für eine offene und vielfältige Gesellschaft ist es gerade in Zeiten wie diesen fatal.

Was macht uns Menschen denn im Wesentlichen aus? Das ist doch nicht allein die Sorge, krank zu werden, sondern die Verständigung darüber, wie wir miteinander auch und gerade in solch krisenhaften Zeiten umgehen. Und wo wird dieses verhandelt? Genau: gerade in Kunst und Kultur spiegelt sich gesellschaftlicher Diskurs und soziale Teilhabe und Entwicklung. Kunst und Kultur sind nicht elitärer Luxus,

sondern – wie es die Mitglieder der Musikhochschule Lübeck formulieren – „lebensrelevant“.

Menschen leben eben nicht vom Brot allein, sondern von der gegenseitigen Ansprache und dem geistigen Austausch. Und der ist nicht ersetzbar, schon gar nicht allein digital erschöpfend. Das gemeinsame Erleben, Zuhören, Staunen, Erkennen lässt sich nie in ein bi-

näres Schema pressen. Der Moment des ausklingenden Tons bei einem Konzert, der gemeinsamen Stille bevor der Applaus anhebt, ist tiefes Erleben und echtes Gefühl. Er lässt sich nicht streamen.

Man möchte meinen, angesichts der realen Bedrohung durch die Pandemie ist das doch wohl eine Weile verzichtbar. Das stimmt aber nur auf den ersten Blick. Kunstgenuss ist heilsam, kulturelle Auseinandersetzung mit dem eigenen Ich und den anderen tut gerade jetzt Not, um durch diese Zeiten zu kommen. Das gilt für uns alle und es gilt aber in einer noch ganz besonders existenziellen Weise für Künstler*innen, für Kulturschaffende und Arbeiter*innen in der Kreativbranche. Sie alle sind oftmals freiberuflich unterwegs und fielen im März von jetzt auf gleich ins Einkommens-Nichts.

Kulturförderung in Sonntagsreden ist ein Kinderspiel - Kulturförderung in Corona-Zeiten ist ein Kraftakt. Kulturschaffende brauchen aber jetzt unsere Solidarität und unsere Unterstützung.

Deshalb ist es richtig, dass die Kulturhilfen des Landes verlängert werden, es ist richtig, dass wir mit der Projekthilfe für Künstler*innen geholfen haben und es war gut, dass mit dem ziemlich spontan entstandenen Kulturfestival SH eine Bühne für die Kunst geschaffen wurde. Und es ist gut, das jetzt endlich für diese Menschen auch über einen Unternehmer*innenlohn verhandelt wird. Ob die Novemberhilfen und die Neustart-Mittel ab Januar auskömmlich sind, wird sich zeigen. Was aber schon heute klar ist, ist dass wir grundsätzlicher die Frage der sozialen Absicherung von Freiberufler*innen thematisieren müssen.



Marlies Fritzen
Kulturpolitische
Sprecherin



©adobestock login



Joschka Knuth zu Besuch beim „Erlebnis TV Grundhof“ in Dollerup

SPORTFÖRDERUNG: AUFBRUCHSTIMMUNG IN SCHLESWIG-HOLSTEIN

Nach fast drei Jahren Arbeit hat die Landesregierung uns im September-Plenum den neuen Sportentwicklungsplan für Schleswig-Holstein vorgestellt. Für den Sport und die Sportpolitik bei uns im Land bedeutet dieser Entwicklungsplan mit über 100 Handlungsempfehlungen wirklich einen Meilenstein. Die Arbeit, die das Ministerium und alle weiteren Beteiligten aus den Sportvereinen und -verbänden in den Entwicklungsplan gesteckt haben, kann man kaum genug würdigen.

Die Aufbruchsstimmung, die durch die breite Beteiligung bei der Erstellung des Sportentwicklungsplans entstanden ist, habe ich auch bei meiner Sport-Sommertour erleben können, bei der ich Sportvereine überall im Land besucht habe. Neben der Freude über den Bedeutungsgewinn von Sport und Sportpolitik in der Jamaika-Koalition war allerdings auch der schlechte Zustand von Sport- und Schwimmstätten oft Thema.

Es ist leider so, dass sich bei vielen kommunalen und vereinseigenen Sportstätten in den letzten Jahrzehnten ein enormer Sanierungs- und Modernisierungsbedarf aufgebaut hat. Um dem entgegenzuwirken, haben wir als Jamaika-Koalition nun verschiedene Förderprogramme für die Sportstätteninfrastruktur beschlossen.

Ebenfalls im September-Plenum haben wir mit einem interfraktionellen Antrag die Landesregierung gebeten, die Verwaltungsvereinbarung mit dem Bund zum „Bundesinvestitionspakt Sportstätten 2020“ zu unterzeichnen, und beschlossen, die entsprechende Kofinanzierung zur Verfügung zu stellen.

Schleswig-Holstein wird damit bis 2024 insgesamt 25 Mio. Euro vom Bund für die Sanierung und den Bau kommunaler Sportstätten aus dem Konjunktur- und Krisenbewältigungspaket bekommen. Für die erforderliche Kofinanzierung sollen 4,3 Mio. Euro aus dem Corona-Nothilfeprogramm des Landes für Sportvereine umgewidmet werden. Die 12,5 Mio. Euro Corona-Nothilfe, die wir den Sportvereinen im Sommer zur Verfügung gestellt haben, mussten bisher glücklicherweise nicht umfänglich in Anspruch genommen werden.

Wir werden mit unseren Förderprogrammen den Sanierungs- und Modernisierungsbedarf bei kommunalen und vereinseigenen Sportanlagen nicht von heute auf morgen abbauen können, aber wir wissen, dass eine vernünftige Sportinfrastruktur essentiell ist, damit Sport Spaß macht und – nach dem Corona bedingten Lockdown – auch wieder vor Ort in der Kommune betrieben werden kann.



Das Land unterstützt die Kommunen darin, ihre Sportinfrastruktur zu erhalten. Die Mittel werden von den Gemeinden beim Land beantragt. Mehr Infos und die Antragsvorlage für Sportstättenförderrichtlinie findet ihr hier: <https://www.schleswig-holstein.de/DE/Fachinhalte/S/sport/SportstaettenfoerderRili.html>

Eine weitere Fördermöglichkeit besteht über den Landessportverband (LSV). Antragsberechtigt sind Mitgliedsvereine und -verbände des LSV. Jährlich stehen hier bis zu 500.000 Euro bereit. Mehr Infos hier: <https://www.lsv-sh.de/investitionsfoerderung-bau-und-sanierung-sportgeraete/>

Und – last but not least – können Sportvereine bis zu 40 Prozent Förderung für Klimaschutzinvestitionen beantragen. Die Mittel kommen aus der sogenannten Kommunalrichtlinie. Mehr Infos: <https://www.lsv-sh.de/sportstaettenbau-und-sanierung-land-kommunalrichtlinie/>

EWKG - Energiewende- und Klimagesetz - Wo stehen wir? Wo müssen wir hin?

Die Klimaziele des völkerrechtlich bindenden Klimaabkommens von Paris aus dem Jahr 2015 müssen auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene mit Zielen und Maßnahmen umgesetzt werden. Mit dem Energiewende- und Klimaschutzgesetz (EWKG) haben wir 2017 in den letzten Tagen der Küstenkoalition ein Gesetz beschlossen, um sicherzustellen, dass die Erderwärmung deutlich unter zwei Grad, möglichst unter 1,5 Grad bleibt.

Dieses Gesetz formuliert insbesondere Ziele, die in den Jahren zwischen 2020 und 2025 erreicht werden

müssen. So ist darin beispielsweise festgeschrieben, dass Schleswig-Holstein bis 2020 eine 40-prozentige Reduktion der CO₂-Emissionen gegenüber dem Wert aus dem Jahr 1990 erreichen und die Produktion erneuerbaren Stroms bis 2025 auf 37,5 TWh anwachsen soll. Auch die Umstellung der Wärmeversorgung auf erneuerbare Energien haben wir im EWKG vereinbart.

Diese Eckpunkte sind unsere Richtschnur bei der Umsetzung der Energiewende in Schleswig-Holstein. Jährlich berichtet das Energiewendeministerium in seinem Energiewende- und Klimabericht wie weit wir

bei der Umsetzung unserer Zielvorgaben sind. Das ermöglicht uns, zügig nachsteuern zu können, wenn die derzeit beschlossenen Maßnahmen im Klimaschutz nicht ausreichen. Und das tun wir: In der letzten Landtagsitzung hat das Ministerium eine Evaluation des EWKG vorgelegt, in dem es Maßnahmen und Ziele einer effizienten Energiewende und Klimaschutzpolitik zusammengestellt hat.

Gemeinsam mit unseren Koalitionspartner*innen haben wir uns auf folgende Änderungen geeinigt: Ein neues Ziel wird es für die Reduktion von Klimagasen bei Landnutzung und Landnutzungsänderung geben. Damit werden die Potenziale der Land- und Ernährungswirtschaft für den Klimaschutz wirksam genutzt. Die Landesverwaltung soll außerdem eine stärkere Vorbildfunktion einnehmen. Dabei geht es einerseits um die Nutzung der Sonnenenergie durch Photovoltaikanlagen, aber auch um energetische Sanierung und die Selbstverpflichtung zur Verwendung klimafreundlicher Baustoffe. Die Wärmewende soll mit einer Verpflichtung der größeren Kommunen zur Aufstellung von Wärmeplänen beschleunigt werden. Für kleinere Kommunen bleibt dies freiwillig. Eine Nutzungspflicht für erneuerbare Energien im Gebäudebestand von mindestens 15 Prozent bei wird beim Austausch oder der Erneuerung von Heizungen zum Tragen kommen. Auf größeren neu errichteten Parkplätzen sowie bei Neubau und Renovierung auf Nicht-Wohngebäuden soll es zukünftig eine Photovoltaik-Pflicht geben.

Mit diesen Verbesserungen im Gesetz hoffen wir, die Energiewende und die Einhaltung der Klimaziele 2025 zu schaffen. Klimaschutz ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Das bedeutet aber auch, dass man parlamentarische Mehrheiten braucht. Mahnungen allein schaffen noch kein Handeln.

Was wir brauchen, ist ein wirkungsvoller Mix aus Anreizen und Vorgaben. Viel effizienter und ohne Vorschriften und Subventionen wäre beispielsweise ein wirksamer Preis für Treibhausgase. Dadurch würden Bürger*innen, Kommunen und Unternehmen zielgerichtet belastet und entlastet, je nachdem, wie hoch der Ausstoß von Treibhausgasen ist. Wirtschaft und Gesellschaft könnten sich verlässlich einrichten. Da

tun sich aber die, die sonst immer vorgeben, die Verfechter*innen der Marktwirtschaft zu sein, schwer.

Derzeit liegen wir in Deutschland und Europa bei 16 Prozent erneuerbare Energien im Mix der Primärenergie, das zeigt die Größe der Herausforderung. 84 Prozent machen Kohle, Öl, Gas und Atomstrom aus. Sie müssen in den kommenden drei Jahrzehnten durch erneuerbare Energien ersetzt werden.

Um die Klimakrise zu stoppen, muss möglichst viel in den kommenden zehn Jahren getan werden. Diese Erkenntnis setzt sich endlich durch. Darum wird auch auf EU-Ebene gestritten, ob 55, 60 oder 65 Prozent Minderung der Klimagase bis 2030 der Maßstab sein muss. Nur mit ehrgeizigen Zielen lässt sich ein Green Deal umsetzen.

Wenn wir bei überwiegend freiwilligem Ausbau auf den Dächern auf sieben GW aus Photovoltaik bis 2030 kämen, blieben immer noch fünf GW Photovoltaik in der Freifläche. Wir brauchen bis 2030 12 GW. Dafür wären 0,3 Prozent der Landesfläche erforderlich. Gut gemacht, kann Photovoltaik hinter Knicks in die Landschaft eingebettet werden. Das erfüllt mit Schafbeweidung und Umweltmaßnahmen eine positive Boden-, Klima- und Biodiversitätsentwicklung.

Das Land verändert sich. Wir wollen diese Veränderung und wir wollen sie aktiv gestalten. Nur so können wir bewahren, was uns wertvoll ist: Freiheit, Mobilität, zukunftsfähige Arbeitsplätze, gutes Leben und eine gerechte Lastenverteilung.

Wir haben nicht mehr die Zeit, uns mit einer viel beschwätzten Versöhnung von Ökonomie und Ökologie gegenseitig Sand in die Augen zu streuen. Ökonomie kann nur erfolgreich Wirtschaft- und Gesellschaft voran bringen, wenn wir die Ressourcen unserer Erde nicht weiter ausbeuten.

In diesem Sinne ist die anstehende Gesetzesänderung ein hart erkämpfter Kompromiss auf dem kurzen Weg zu viel spannenderen, neuen Horizonten.



Bernd Voß
Energiepolitischer
Sprecher



berlinreport

Luise Amtsberg, MdB

Im Oktober wurde der lang erwartete Entwurf zur Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems veröffentlicht. Die Vorschläge haben unsere Erwartungen leider sehr enttäuscht. Anstatt eines solidarischen und menschenrechtskonformen Neuanfangs, verschärfen sie zusätzlich die Probleme des alten Systems. Dies ist leider nur die Spitze des Eisbergs der inhumanen und unsolidarischen Abschottungspolitik der letzten Jahre. Die stetigen Einschränkungen im deutschen sowie europäischen Asylsystem möchte ich Euch an zwei Beispielen zeigen: der Seenotrettung und dem Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten.

2014

Nov 14

Die Mission TRITON mit dem Schwerpunkt Grenzsicherung von Frontex startet

Okt 14

Ende der italienischen Seenotrettungsoperation MARE NOSTRUM
Von 2013 bis 2014 wurden rund 150.000 Menschen aus Seenot gerettet

Jun 2015

Die Operation EUNAVFOR MED SOPHIA zur Bekämpfung krimineller Schleusernetzwerke startet

2015

3.283 Menschen ertranken im Jahr 2014 im Mittelmeer

Nov 14

Luise fordert eine europäische Seenotrettungsmission im gesamten Mittelmeer

2016

4.054 Menschen ertranken im Jahr 2015 im Mittelmeer

Aug 15

Familiennachzug subsidiär Schutzberechtigter wird erleichtert

Sep 15

Koalition schürt Angst vor tausenden nachziehenden Familienangehörigen

Jan 16

Kleine Anfrage ergibt, dass Annahme über erhöhten Familiennachzug unwahr scheinlich ist

Jan 16

Familiennachzug wird komplett ausgesetzt bis März 2018

Jul 16

Etwa 56 % der syrischen Asylsuchenden erhalten vom BAMF subsidiären Schutz

Jun 16

Antrag Seenotrettung im Mittelmeer

2017

5.143 Menschen ertranken im Jahr 2016 im Mittelmeer

Jul 16

Luise prangert die Erteilung des niedrigen Schutzstatus für Geflüchtete als innenpolitisch motiviert an

2018

3.136 Menschen ertranken im Jahr 2017 im Mittelmeer

Mrz 18

Aussetzung des Familiennachzugs wird verlängert bis Juli 2018

Feb 18

Gesetzesentwurf: Familiennachzug auch zu subsidiär Schutzberechtigten ermöglichen

Jul 17

Schriftliche Frage zu Operation SOPHIA, bzgl. Pflicht zur Seenotrettung der Bundeswehrsoldat*innen und Zusammenarbeit mit libyscher Küstenwache

08/17 Beschlagnahmung Luventa

Seenotrettung

Familiennachzug subsidiär Schutzberechtigte

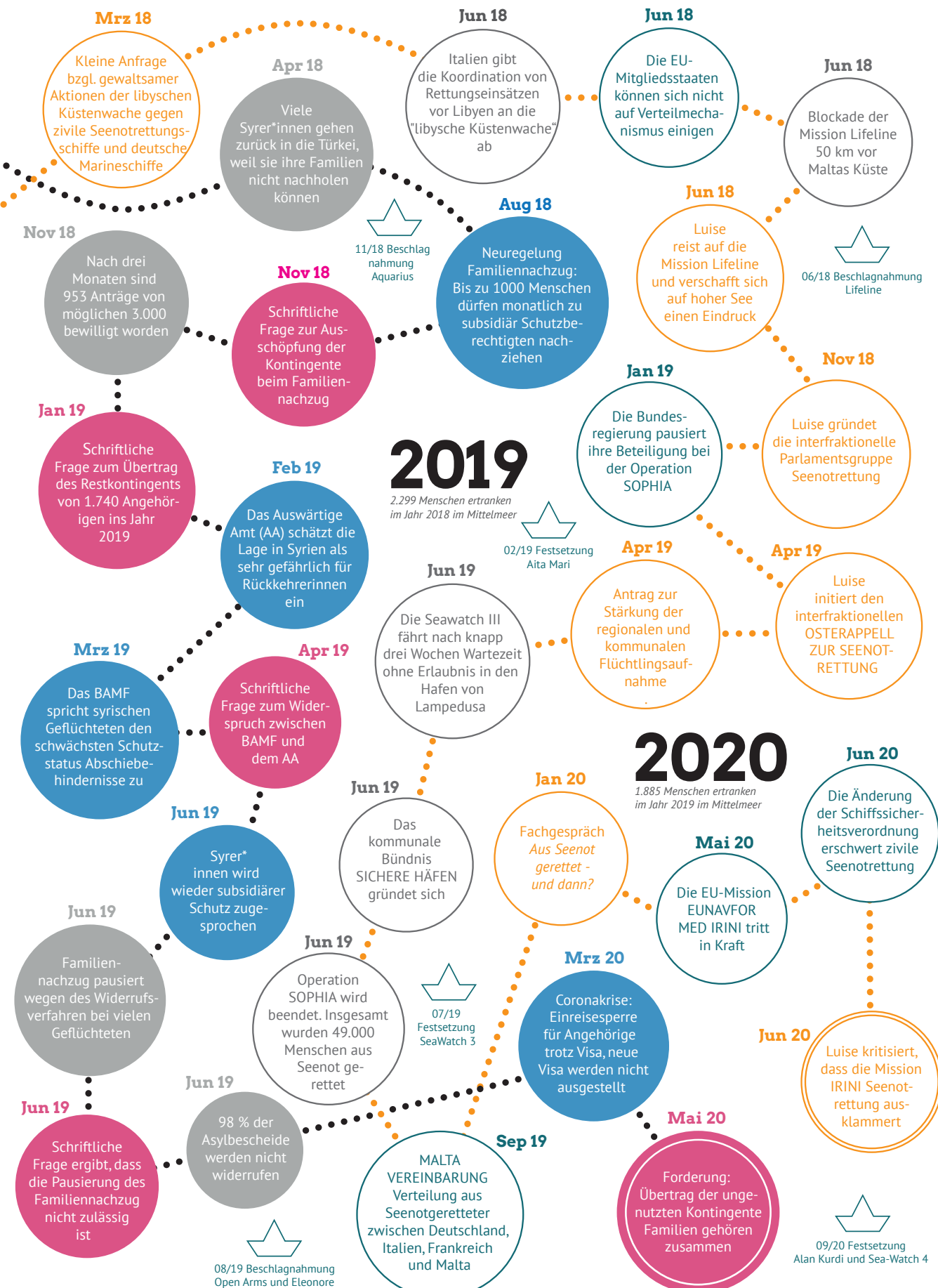
Initiativen Luise

Initiativen Bundesregierung und EU

Meldungen

ngspolitik der GroKo: Chronologie des Versages

13





Konstantin von Notz

RASSISMUS BEKÄMPFEN

Rassismus und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sind bis heute tief in unserer Gesellschaft, ihren Strukturen und Institutionen verwurzelt. In seinen verschiedenen Ausprägungen stellt Rassismus eine erhebliche Gefahr und Benachteiligung für einen wesentlichen Teil unserer Gesellschaft dar.

Rassismus verhindert ein friedliches und chancengerechtes Zusammenleben. Das zeigt sich nicht nur am weitverbreiteten Alltagsrassismus und der Vielzahl rassistisch und antisemitisch motivierter Taten in Deutschland – von Lichtenhagen, Mölln und Solingen über die Mordserie des NSU bis hin zu den Anschlägen in Halle und Hanau –, sondern wird von der engagierten Zivilgesellschaft immer wieder und aktuell nicht zuletzt besonders von Aktivistinnen und Aktivisten der Black-Lives-Matter-Bewegung deutlich formuliert. Ihre Message ist ebenso richtig wie klar: Rassismus bedroht die Grundwerte der Demokratie.

Nach dem rassistisch motivierten Anschlag in Hanau griff die Bundesregierung eine der Forderungen der Initiativen des diesjährigen Integrationsgipfels auf und richtete den Kabinettausschuss zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus ein.

„Ich unterstütze **Schule ohne Rassismus- Schule mit Courage**, weil Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte keine Selbstverständlichkeit sind. Es sind Werte, die wir uns jeden Tag neu erstreiten müssen.“

Ihre bisherigen Maßnahmen, u.a. der „Nationale Aktionsplan gegen Rassismus“, sind jedoch weder ausreichend noch effektiv. Ein „Weiter so“ darf es nicht geben! Wir brauchen einen Paradigmenwechsel und echten Neustart.

Die Verwirklichung einer chancengerechten Einwanderungsgesellschaft muss umfassend in Bund, Ländern und Kommunen angepackt werden, alle gesellschaftlichen Bereiche umfassen und bedarf es einer koordinierten und kohärenten Gesamtstrategie. Die Bundesregierung steht in der Verantwortung, die Leistungen der Einwanderungsgesellschaft zu würdigen, indem sie die Zivilgesellschaft institutionell und strukturell in politische Entscheidungen einbezieht und finanziell nachhaltig fördert. Dafür setzen wir uns ein.

FFBQ

Gerade hat das Bundesverwaltungsgericht über die Planungen der Hinterlandanbindung der festen Fehmarnbelt-Querung geurteilt. Ein Paukenschlag ist leider ausgeblieben. Das Gericht hat die Planungen weitgehend bestätigt. Im Verfahren ging es jedoch allein um die Rechtmäßigkeit der bisherigen Planungen, nicht um die politische Bewertung der Querung. Von der Sinnhaftigkeit des Projekts mit seinen erheblichen ökologischen wie ökonomischen Risiken sind wir weiterhin nicht überzeugt.

Wer die politische Verantwortung für die negativen Auswirkungen der Querung trägt, ist nun noch klarer. Unsere Ablehnung geben wir nicht auf und werden uns auf Landes- und Bundesebene weiter dafür einsetzen, dass die Dinge, die den Menschen auf Fehmarn und entlang der Trasse seit Jahren versprochen werden, auch tatsächlich kommen – allen voran der übergesetzliche Lärmschutz, für den noch immer nicht die notwendigen Mittel auf Bundesebene bereitgestellt wurden.

Ingrid Nestle

Grüne Infrastruktur



Sehr viel Zeit wurde schon vergeudet auf dem Weg zur Klimaneutralität. Umso schneller müssen wir jetzt den Umstieg schaffen. Dafür ist es notwendig, Infrastruktur zu verändern – im Energie- wie auch im Verkehrssektor. Daher freue ich mich, dass ich vor kurzem die Verantwortung für die Themen Planung und Bürgerbeteiligung in der Fraktion übernehmen durfte.

Ob es um Windkraftanlagen, den Netzausbau oder Verkehrsinfrastruktur geht – die Zusammenhänge liegen auf der Hand. Es ist dringend notwendig, Infrastrukturpolitik in Deutschland auf die Bekämpfung der Klimakrise auszurichten. Denn es ist natürlich nicht egal, welche Infrastruktur gebaut

den, muss also im Verkehrsbereich neu geklärt werden. Für die transparent und im Einklang mit den Klimazielen beschlossenen Infrastrukturvorhaben brauchen wir dann eine Beschleunigung der Planungsverfahren. Die Bundesregierung bekommt das offensichtlich nicht hin. Sie hat schon das vierte Gesetz in nur einer Legislatur zur Planungsbeschleunigung vorgelegt – ohne dass bisher irgendetwas sichtbar schneller geworden wäre. Sie hat auch weder die Ursachen für die langen Realisierungszeiten noch den Erfolg ihrer bisherigen Gesetze evaluiert. Stattdessen zeigt sie ohne jede Grundlage auf uns Grüne und die Umweltverbände und gibt ihnen und uns die Schuld an den langen Verfahren.

Das ist keine seriöse Politik sondern niederstes Stammtischniveau.

Der Bahn kommt eine wichtige Rolle zu, damit die CO₂-Emissionen auch im Verkehr endlich sinken. Deshalb brauchen wir eine deutliche Stärkung der Schiene statt neuer Straßen. Ein Beispiel: Im dicht besiedelten Großraum Hamburg ist Fläche Mangelware. Deshalb sollte hier der Bau eines dritten und vierten Gleises von Norden nach Hamburg verwirklicht werden, statt der A23 im dicht besiedelten Gebiet zwei neue Spuren zu geben. All das ist eine riesige Aufgabe, die nur in Regierungsverantwortung angegangen werden kann. Da wollen wir hin!

“ Wir benötigen einen beschleunigten Ausbau der Infrastruktur sowohl im Bahnverkehr als auch im Energiesektor. Es ist aber nicht egal, welche Infrastrukturprojekte wir realisieren. Alle Projekte müssen der Erreichung der Klimaziele dienen.

wird. Hier muss endlich ein Auswahlverfahren stattfinden, das erstens Bürgerbeteiligung groß schreibt und zweitens nicht die Erreichung wichtiger gemeinsamer Ziele unmöglich macht. Bei beiden Punkten schneidet zum Beispiel der Bundesverkehrswegeplan miserabel ab. Bürgerbeteiligung? Wurde nicht ernst genommen. Und die Klimaziele von Paris, zu denen sich die Bundesregierung eigentlich klar bekannt hat, sind mit diesem Zubau an Straßen nicht einzuhalten. Die Frage, welche Projekte überhaupt gebaut wer-

Unsere Landesarbeitsgemeinschaften

LAG Bauen und Wohnen

LAG Bedingungsloses Grundeinkommen (BGE)

LAG Bildung

LAG Demokratie und Recht

LAG Energie

LAG Europa-, Friedens- & Außenpolitik

LAG Frauenpolitik

LAG Gesundheit

LAG GewerkschaftsGrün

LAG Inklusion

LAG Kinder und Jugend

LAG Kultur

LAG Landwirtschaft

LAG Medien und Netz

LAG Mensch und Tier

LAG Migration und Flucht

LAG Mobilität und Verkehr (MoVe)

LAG Nordstaat

LAG Queer

LAG Säkulare GRÜNE

LAG Soziales und Arbeitsmarkt

LAG Sportpolitik

LAG Tourismus

alle weiteren Infos auf unserer Website sh-gruene.de > Partei > Gremien & Arbeitsgruppen



Grüne Highlights

Sa., 16. Januar 2021

| Wir haben es satt!-Demo in Berlin (mit Abstand und Maske)

Mo., 27. Januar 2021

| Int. Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust

Di., 11. Februar 2021

| Safer Internet Day

Mo., 8. März 2021

| Internationaler Frauentag

So., 21. März 2021

| Tag des Waldes

So., 6. Juni 2021

| Landtagswahl in Sachsen-Anhalt (Wahlpartnerschaft)

alle weiteren Termine auf unserer Website sh-gruene.de



facebook.com/gruenesh



instagram.com/gruenesh



twitter.com/gruene_sh